

9. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Der 9. Kohäsionsbericht gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU-Regionen. In dieser Analyse werden Zahlen und Daten zu Wien mit anderen europäischen Regionen verglichen und durch eine lokale, städtische Perspektive ergänzt.

12.08.2024



9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Inhaltsverzeichnis

EXECUTIVE SUMMARY: 9. KOHÄSIONSBERICHT AUS WIENER PERSPEKTIVE	3
1. EINLEITUNG: WIEN UND DIE KOHÄSIONSPOLITIK DER EU	8
2. WIEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH	9
2.1 Wirtschaftliche Indikatoren: Wien in der „ <i>development trap</i> “?	9
2.2 Hohe Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung treffen auf hohen Bildungsgrad	12
2.2.1 Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung	12
2.2.2 Bildung	14
2.3 Wien als Einwanderungsstadt Europas: Herausforderung und Chance	14
2.4 Fehlende Gleichberechtigung als Kohäsionshindernis	16
2.4.1 Care-Arbeit und der gender employment gap	16
2.4.2 Der lange Weg zur politischen Gleichberechtigung	18
2.5 Hohes Vertrauen in die lokale Verwaltung und erfolgreiche Digitalisierung der Amtswege	19
2.6 Wien und die „green transition“	20
2.6.1 Unterschiedliche Klimawandel-Betroffenheit innerhalb der EU	20
2.6.2 Wiens Arbeitsmarkt ist für die green transition gewappnet	22
2.6.3 Nachhaltige Energieversorgung: großes ungenutztes Potenzial	22
2.6.4 Elektro- und Wasserstoff-Mobilität: die Stadt Wien als Vorreiterin	23
3. ANALYSE	26
3.1 Liegt die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik in der Zentralisierung?	26
3.2 Für eine städtische Perspektive in der Kohäsionspolitik	27
3.3 Daseinsvorsorge fehlt als Kohäsionsindikator	29
3.4 Blinde Flecken im Kohäsionsbericht	29
4. QUELLENANGABEN.....	31

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Executive Summary:

9. Kohäsionsbericht aus Wiener Perspektive

Einleitung:

Die EU-Kohäsionspolitik hat den Ausgleich regionaler Unterschiede – u.a. durch den Einsatz von EU-Fördermitteln – in der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung der EU zum Ziel. Wien erhält als besser entwickelte Region (*more developed region*) Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Zum Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung der EU-Regionen veröffentlicht die Europäische Kommission im Durchschnitt alle drei Jahre den sogenannten Kohäsionsbericht. Der 9. Kohäsionsbericht wurde am 27. März 2024 veröffentlicht. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des 9. Kohäsionsberichts in englischer und deutscher Sprache finden Sie hier: https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/cohesion-report_en. Bei den im 9. Kohäsionsbericht erhobenen Daten steht die statistische Vergleichbarkeit von sehr unterschiedlichen EU-Regionen im Vordergrund. In der vorliegenden Analyse findet sich eine Auswahl an Daten aus dem 9. Kohäsionsbericht mit Wien-Bezug. Um die Daten zu kontextualisieren und etwaige „blinde Flecken“ der gesamteuropäischen Perspektive aufzuzeigen, werden diese durch Anmerkungen in den gelben Infoboxen mit dem Titel „Wiener Perspektive-aus Sicht der MA 27“ ergänzt.

Wirtschaftliche Indikatoren:

(siehe Kapitel 2.1 wirtschaftliche Indikatoren: Wien in der „*development trap*“?)

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach Kaufkraftparität für das Jahr 2021 liegt mit einem Wert von 142,2 in Wien weit über dem EU-Durchschnitt (EU 27-Index=100).

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

In Wien treffen ein hohes BIP pro Kopf auf eine hohe Armutsgefährdung. Das hat Wien mit vielen anderen Großstädten gemeinsam. Aus einer städtischen Perspektive wäre es daher wünschenswert, dass mehr Daten in Bezug auf die Verteilung von Wohlstand erhoben werden.

- Wien hat im Zeitraum 2001-2021 einen leichten BIP-Rückgang, ein leichtes Minus bei der Produktivität und beim Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung, sowie ein geringeres Wachstum bei der Beschäftigungsquote zu verzeichnen. Das lässt darauf schließen, dass sich Wien mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer sogenannten „development trap“ befindet. Der Begriff „*development trap*“ bezieht sich auf europäische Regionen, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stagnieren. Sowohl in Bezug auf ihre bisherige wirtschaftliche Performance, als auch im Vergleich zu anderen europäischen Regionen. Diesen Status können nicht nur wirtschaftlich weniger entwickelte, sondern auch sehr entwickelte Regionen wie Wien aufweisen. Die Autor*innen des 9. Kohäsionsberichts betonen, dass Bürger*innen aus Regionen,

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

die sich in einer *development trap* befinden, besonders oft dazu tendieren, europaskeptische Parteien zu wählen. Es wird von der EK selbstkritisch angemerkt, dass noch zu wenige Daten in Bezug auf soziale Ungleichheit erhoben werden. Das sei jedoch notwendig, um die Treffsicherheit von Kohäsionsmitteln zu überprüfen und politischer Unzufriedenheit entgegenzuwirken.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Die Wahlergebnisse für die EU-Parlamentswahl am 9.6.2024 zeigen, dass sich die Wiener*innen mehrheitlich nicht für die Wahl euroskeptischer Parteien entschieden haben. Die Wahlbeteiligung der Wiener*innen war jedoch mit 52,84% der Wahlberechtigten sehr niedrig. Insgesamt lag jedoch in der gesamten EU die Wahlbeteiligung mit 51,05% auf einem niedrigen Niveau. Es wäre demnach notwendig, dass nicht nur in den Mitgliedstaaten, sondern auch auf EU-Ebene die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung untersucht werden, um die politische Legitimität des Europäischen Parlaments auch in Zukunft zu gewährleisten und politischer Unzufriedenheit entgegenzuwirken.

Soziale Indikatoren:

(siehe Kapitel 2.2 Hohe Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdungen treffen auf hohen Bildungsgrad)

- Die Wiener Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen ist im Zeitraum von 2013-2022 nur sehr geringfügig gesunken (-0,1 Prozentpunkte) und bleibt 2022 mit 9,2 % auf hohem Niveau, weit über dem Durchschnitt Österreichs (4,7 %) und der EU 27 (6,2 %).
- 26,2 % der Wiener*innen waren 2022 armutsgefährdet (at risk of poverty or social exclusion - AROPE). Eine besonders hohe Zahl im Vergleich mit anderen *more developed regions* (18,6%) und der EU 27 (21,7%), vergleichbar jedoch mit Städten wie Hamburg (26,1%) und Bremen (32%).

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Die Inflation betrug 2023 7,8% und lag damit viermal höher als der Zielwert der Europäischen Zentralbank. Da besonders viele Wiener*innen armutsgefährdet sind, ist ohne wirksame Maßnahmen gegen die Inflation nicht mit einer Reduktion der Armut zu rechnen.

- 45,6% der Wiener*innen (Altersgruppe 25- bis 64-jährige) verfügen über einen Hochschulabschluss. Das ist über dem EU 27-Schnitt (34,3%) und liegt weitaus höher als im Durchschnitt anderer *more developed regions* (38,4%). Damit hat Wien auch den höchsten Akademiker*innenanteil in ganz Österreich.

Migration:

(siehe Kapitel 2.3 Wien als Einwanderungsstadt: Herausforderung und Chance)

- Besonders viele Wiener*innen sind im Ausland geboren. Mit 14,9% liegt der Anteil der Menschen in der Bevölkerung, die in einem anderen EU-Land geboren sind, weit über dem EU 27 -

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Durchschnitt (3,8%) und wird nur von Brüssel mit 23,1% und Luxemburg mit 41,2% übertroffen. Auch der Anteil der Menschen in der Bevölkerung, die in einem Drittstaat geboren sind, liegt in Wien mit 28,7% weit über dem EU 27-Durchschnitt (9,6%) und belegt mit diesem Anteil den zweiten Platz in der EU 27 ohne Überseegebiete. Den ersten Platz hat die Hauptstadtregion Brüssel mit 30,1% inne, den dritten Platz Bremen mit 25,5%.

- Im Allgemeinen sind Menschen in der EU, die aus einem anderen Herkunftsland stammen¹, besonders oft armutsgefährdet und von Diskriminierung am Arbeitsmarkt betroffen. Gleichzeitig leistet die Arbeitskraft von Einwander*innen einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Der hohe Anteil an Wiener*innen, die im Ausland geboren sind, ist sowohl mit sozialen Herausforderungen, als auch mit einer wirtschaftlichen Chance verbunden. Die Daten des 9. Kohäsionsberichts wären jedoch aussagekräftiger, wenn weitere wichtige Indikatoren wie zum Beispiel der Aufenthaltsstatus und der Bildungsgrad der Migrant*innen, der niederschwellige Zugang zu Sprachkursen oder Daten über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen zur Verfügung gestellt und vergleichend analysiert werden würden: Alles Aspekte, die für die Integration am Arbeitsmarkt von Bedeutung sind.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit:

(siehe Kapitel 2.4 Fehlende Gleichberechtigung als Kohäsionshindernis)

- Beim gender employment gap liegt Wien mit -7,85 Prozentpunkten Unterschied zwischen der Beschäftigung von Männern und Frauen knapp unter dem Durchschnitt der *more developed regions* (-8 Prozentpunkte).
- Der Anteil der Drei- bis Sechsjährigen, die eine elementare Bildungseinrichtung besuchen, ist in Wien mit 87,8% 2021 zwar relativ hoch, bleibt jedoch unter dem Durchschnitt der EU 27 (92,5%) und jenem der more developed regions (93,2%).

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Zahlreiche Aspekte, die für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Bedeutung sind, werden im 9. Kohäsionsbericht nicht behandelt: u.a. das Stundenausmaß der Beschäftigung von Frauen und Männern und die Öffnungszeiten der elementarpädagogischen Einrichtungen. Werden beispielsweise diese beiden Aspekte in die Interpretation der Daten inkludiert, ergibt sich ein ganz anderes Bild in punkto Gleichberechtigung in Wien. Laut Zahlen der Statistik Austria sind die Öffnungszeiten von rund 90% der elementarpädagogischen Einrichtungen mit einer Vollzeitstelle

¹ Im 9. Kohäsionsbericht werden Migrant*innen nach Geburtsland und nicht nach Staatsbürgerschaft kategorisiert.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

vereinbar. Gleichzeitig ist die Teilzeitquote bei Frauen mit 45,1% im Bundesländervergleich am niedrigsten.

- Bezüglich der politischen Repräsentation ist der Frauenanteil im Wiener Gemeinderat und Landtag im Zeitraum von 2013-2023 um 7 Prozentpunkte gestiegen und lag 2023 bei 42 %, befindet sich jedoch noch weit unter den in der EU angestrebten 50%. Nur 16 von 285 regionalen politischen Vertretungen in der EU weisen 2023 ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern auf.

European Quality of Government Index (EQI) und digitale Amtswege:

(siehe Kapitel 2.5: Hohes Vertrauen in die lokale Verwaltung und erfolgreiche Digitalisierung der Amtswege)

- Wien schneidet beim EQI, der die Qualität der Verwaltung aus Sicht der Bürger*innen bewertet, mit einem Wert von 0,76 (EU 27-Durchschnitt Index=0) im EU-Vergleich überdurchschnittlich gut ab, die Bekämpfung von Korruption ist allerdings verbesserungswürdig.
- Rund 80% der Wiener*innen zwischen 16 und 74 Jahren haben bereits zumindest einen Amtsweg digital zurückgelegt.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Mit der Digitalen Agenda 2025 und der Smart Klima City Strategie möchte Wien die Digitalisierungshauptstadt Europas werden. Dabei wird Digitalisierung nicht nur als ein Mittel zum Zweck gesehen, sondern sie soll primär die Lebensqualität der Wiener*innen verbessern. Das leitende Prinzip ist dabei der digitale Humanismus. Er stellt ethische Überlegungen, Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit ins Zentrum der digitalen Veränderung. Neue Technologien sollen dazu dienen, die Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft zu fördern. Ein besonderes Augenmerk wird beispielsweise auf den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Dienstleistungen und die Entwicklung digitaler Kompetenzen für alle Generationen gelegt.

Green Transition:

(siehe Kapitel 2.6 Wien und die „green transition“)

- Wien ist gemeinsam mit Städten wie Prag oder Berlin eine der wenigen NUTS 2-Regionen, in denen sich das sozioökonomische Risiko in Bezug auf die ökologische Transition auf dem Wert 0,0 (Index= 0 bis 100) befindet.
- Das Potenzial für die Produktion erneuerbarer Energien in Wien wird im 9. Kohäsionsbericht als besonders hoch eingestuft.
- Wien ist eine der Regionen, mit der höchsten Dichte an E-Ladestationen und zählt zu einer der wenigen Regionen innerhalb der EU, die über eine Elektrolyseanlage für die Produktion von grünem Wasserstoff verfügen.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Die erhobenen Daten in Bezug auf die *green transition* sind eines der Beispiele dafür, dass die städtische Dimension im 9. Kohäsionsbericht nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Themen wie der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Energiewende für Mieter*innen oder auch die unterschiedliche Betroffenheit bei extremen Hitzewellen innerhalb einer Stadt werden im Bericht nicht behandelt.

Fazit:

Zahlreiche Aspekte der Daseinsvorsorge, die für Wien von besonderer Relevanz sind, wie zum Beispiel das Thema leistbares Wohnen oder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, werden im 9. Kohäsionsbericht nicht thematisiert. Die qualitativ hochwertige und sehr breitgefächerte Daseinsvorsorge der Stadt Wien trägt jedoch maßgeblich zur Lebensqualität der Stadt bei. In diesem Sinne kann aus Wiener Sicht argumentiert werden, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, und nicht nur der Verwaltung an sich, als wesentlicher Kohäsionsindikator herangezogen werden müsste und in die Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einer Region einfließen sollte.

Die vermeintliche Widersprüchlichkeit von wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren hat Wien mit zahlreichen anderen (Haupt-)Städten gemeinsam. Aus einer Wiener Perspektive ist es daher angesichts einer möglichen Zentralisierung der EU-Kohäsionsmittel (siehe Kapitel 3. Analyse) von besonderer Bedeutung, dass die zukünftige EU-Kohäsionspolitik soziale Ungleichheiten innerhalb von Regionen, lokale Kohäsionshindernisse und die (haupt-)städtische Dimension ausreichend berücksichtigt und eine lokale Implementierung beibehält.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

1. Einleitung: Wien und die Kohäsionspolitik der EU

Die Umgestaltung von Praterstern und Thaliastraße, die Errichtung eines Wasserbaulabors an der Donau und die zahlreichen Projekte des Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (waff) zur Integration am Arbeitsmarkt sind nur eine kleine Auswahl an Projekten, die durch EU- Kohäsionsmittel² ermöglicht wurden und zur Lebensqualität der Wiener*innen beitragen.³

Die Regional- und Kohäsionspolitik der EU ist einer der Grundpfeiler der EU-Integrationspolitik und zielt darauf ab, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung auszugleichen. Dabei profitieren sowohl weniger entwickelte Regionen, als auch so genannte Übergangsregionen und besser entwickelte Regionen. Wien erhält als besser entwickelte Region (*more developed region*) Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Um einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung der EU-Regionen zu geben, veröffentlicht die Europäische Kommission im Durchschnitt alle drei Jahre den sogenannten Kohäsionsbericht.

Im Hinblick auf die EU-Wahlen im Juni 2024 und die darauffolgende Ernennung der neuen Europäischen Kommission wurde der 9. Kohäsionsbericht bereits im März 2024 veröffentlicht. In der folgenden Analyse durch die MA 27 wird der 9. Kohäsionsbericht aus Sicht der Interessen der Stadt Wien und ihrer ausgelagerten Organisationseinheiten betrachtet. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Situation Wiens im europäischen und interregionalen Vergleich in Bezug auf sozio-ökonomische Aspekte, gleichstellungspolitische Dimensionen, sowie *green transition*⁴ und Daseinsvorsorge gelegt werden.

Kohäsionsberichte geben einen groben Überblick über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU-Regionen. Ziel dieser Analyse ist, eine Auswahl an jenen Daten, die sich auf die Stadt Wien beziehen, zu präsentieren. Diese Daten werden in einigen Unterkapiteln durch eine lokalen Perspektive ergänzt. Diese Kontextualisierungen sind in den Infoboxen mit dem Titel „Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27“ zu lesen.

Im Anschluss wird im Kapitel „Analyse“ die mögliche Zentralisierung der Kohäsionsmittel behandelt und die Notwendigkeit einer städtischen Perspektive in der EU-Kohäsionspolitik erläutert.

² Insgesamt bestehen die EU-Kohäsionsmittel aktuell aus fünf verschiedenen Förderfonds: dem Europäischen Sozialfonds (ESF) dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) sowie den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF). Sie werden nach unterschiedlichen Kriterien, u.a. auch dem Entwicklungsgrad einer EU-Region, vergeben (Europäisches Parlament 2024).

³ Einen Überblick über EU-Förderprojekte in Wien im Zeitraum von 2014-2020 finden Sie unter:

https://cbc.wien/interreg/news_folder/Brosch%C3%BCre%20EU-F%C3%B6rderungen%202014-2020%20in%20Wien

⁴ Der englische Begriff *green transition* (auf dt. ökologische Transformation) bezieht sich auf die sozialen, ökonomischen und technologischen Änderungen die mit dem sogenannten „Grünen Deal“ der EU einherkommen. Der Grüne Deal hat das Ziel, bis zum Jahr 2050 Europa klimaneutral zu machen.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

2. Wien im europäischen Vergleich

Im 9. Kohäsionsbericht werden wirtschaftliche und soziale Indikatoren der europäischen Regionen präsentiert, um die Entwicklung der Kohäsion darzulegen. Diese Daten beziehen sich dabei je nach Themenfeld auf unterschiedliche politische oder statistische Einheiten. So werden sowohl Daten auf nationalstaatlicher Ebene, nach NUTS-Klassifikation⁵ und dem entsprechenden Entwicklungsstand einer Region (*more developed region, transition region, less developed regions*) oder nach räumlichen Kriterien (z.B. Mittelmeerregionen) zusammengefasst.

In den folgenden Kapiteln wird eine Auswahl an Daten, die sich auf die Stadt Wien beziehen, näher beleuchtet und mit anderen europäischen Regionen verglichen.

Wien ist als Bundesland und aufgrund seiner Bevölkerungszahl sowohl der NUTS-2-Ebene (in Österreich ist das die Ebene der Bundesländer), als auch der NUTS-3-Ebene (kleinere Regionen – in Österreich der Zusammenschluss mehrerer politischer Bezirke) zugeordnet. Gleichzeitig ist Wien eine EU-Hauptstadt und das größte urbane Zentrum Österreichs. Zudem wird Wien nach der NUTS-Klassifikation als eine *more developed region* betrachtet. Diese Gegebenheiten müssen beim Vergleich mit anderen Regionen, auch innerhalb Österreichs, in denen wiederum andere geographische, politische oder räumliche Gegebenheiten vorliegen, mitbedacht werden.

Um die Zahlen und Daten zu Wien greifbarer zu machen, wird in einigen Unterkapiteln ein direkter Vergleich mit Städten wie Bremen, Hamburg, Prag und der Hauptstadtregion Bratislava (*Bratislavský kraj*) vorgenommen. Bremen und Hamburg werden aufgrund ihres ähnlichen politischen und administrativen Status als Stadt und Bundesland herangezogen, die Hauptstadtregion Bratislava und die tschechische Hauptstadt Prag aufgrund ihrer geographischen Nähe und des historisch und räumlich bedingten engen Austauschs mit Wien. Alle drei Städte und die Hauptstadtregion Bratislava werden nach der NUTS-Klassifikation als *more developed regions* eingestuft.

In bestimmten Fällen (u.a. im Unterkapitel 2.6 „Wien und die *green transition*“) wurden auch andere europäische Regionen zum Vergleich herangezogen, um die Bandbreite an unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten innerhalb der EU zu veranschaulichen sowie andere europäische Regionen sichtbar zu machen, in denen die Indikatoren jenen Wiens ähneln.

2.1 Wirtschaftliche Indikatoren: Wien in der „*development trap*“?

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der EU im Zeitraum von 2001 bis 2021 wird im Bericht in vier Kohäsionszyklen unterteilt: Erstens, die *convergence years* (2001–2008), eine wirtschaftliche Wachstumsphase für fast alle Regionen der EU, insbesondere für *less developed* und *transition regions*.

⁵ Die sogenannte NUTS-Klassifikation (*Nomenclature of territorial units for statistics*) dient u.a. dazu, sozio-ökonomische Indikatoren innerhalb der EU miteinander vergleichbar zu machen und Kohäsionspolitik umzusetzen. Dabei wird das EU-Gebiet in drei hierarchische Ebenen unterteilt:

NUTS-1: größere sozio-ökonomische Regionen (z.B. Westösterreich)

NUTS-2: Regionen zur Anwendung regionaler Gesetze (in Österreich die Bundesländer)

NUTS-3: kleinere Regionen (in Österreich der Zusammenschluss mehrerer politischer Bezirke).

Wien ist als Hauptstadt und Bundesland sowohl der NUTS-2- als auch der NUTS-3-Ebene zugeordnet.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Zweitens, die *low employment period* (2009-2013), in der geprägt durch die Weltwirtschaftskrise eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, die Beschleunigung des Negativwachstums und das Sinken des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf zu verzeichnen sind. Drittens, die *delayed recovery* Phase (2014-2019), während der zwar alle EU-Regionen ein pro Kopf Wachstum des BIPs vorweisen, sich aber nur langsam von der Weltwirtschaftskrise erholen. Viertens, die *quick rebound* Phase (2020-2022), die durch den „doppelten Schock“ der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine charakterisiert ist. Die wirtschaftliche Erholung verlief in dieser Phase jedoch rascher als in der *delayed recovery* Phase.

In Bezug auf die *delayed recovery* Phase wird im Bericht angemerkt, dass manche Regionen auch 2022 noch immer nicht das BIP-Niveau von vor der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 erreicht haben. Rund ein Drittel der österreichischen Bevölkerung soll laut 9. Kohäsionsbericht in einer solchen Region leben. Es wird jedoch nicht explizit angesprochen, um welche Regionen es sich dabei genau handelt.

Tabelle 2.1 Durchschnittliche prozentuale Veränderungen des realen BIP pro Kopf in Bezug auf das Vorjahr (inflationsbereinigt).

	2001-2008	2009-2013	2014-2019	2020-2022
Wien	+ 0,50	- 0,61	- 0,20	- 1,75
EU 27	+ 1,68	- 0,41	+ 1,91	- 0,30
More developed regions (inkl. Wien)	+ 1,34	- 0,31	+ 1,70	+ 0,41

Wie aus den Zahlen in [Tabelle 2.1](#) ersichtlich, hat die Stadt Wien, mit Ausnahme des Zeitraums 2001-2008, insgesamt in den letzten zwei Jahrzehnten einen Rückgang des BIP zu verzeichnen. Die Erholung von der Wirtschaftskrise 2008/2009 wird nur durch eine Verringerung der negativen Entwicklung des BIP pro Kopfs in den Jahren 2014-2019 deutlich. Die Zeitspanne zwischen 2020-2022 stellt einen besonders gravierenden Einschnitt in das BIP pro Kopf dar, der stärker verlief als im EU 27-Schnitt und dem Durchschnitt der *more developed regions*. Daraus lässt sich ableiten, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine für Wien eine besondere Herausforderung darstellen.

An dieser Stelle ist es wichtig zu unterstreichen, dass sich das BIP pro Kopf Wiens zwar negativ entwickelt, diese Entwicklung jedoch auf hohem Niveau stattfindet. Denn das BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität für das Jahr 2021 liegt mit einem Wert von 142,2 in Wien noch immer weit über dem EU-Durchschnitt (EU 27-Index=100). Wien bleibt somit eine *more developed region*. Stagnierende bzw. rückläufige Zahlen in Bezug auf das BIP pro Kopf sind jedoch ein Indikator dafür, dass Wien in den letzten Jahrzehnten in eine sogenannte *development trap* gefallen ist. Damit sind Regionen gemeint, die sich in einer Art „Entwicklungsblockade“ befinden, sowohl in Bezug auf ihre bisherige wirtschaftliche Performance, als auch im Vergleich zu anderen europäischen Regionen. Diesen Status können nicht nur wirtschaftlich weniger entwickelte, sondern auch sehr entwickelte Regionen wie Wien

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

aufweisen (CEPR 2022). In Bezug auf Daten für den Zeitraum 2001-2018 der NUTS-3-Regionen sticht Wien mit einem Wert von 0,86 als jene Region hervor, die sich in der gesamten EU mit höchster Wahrscheinlichkeit in einer *development trap* befindet (Index=1). Aktuelle Daten, die zumindest bis zum Zeitraum 2022 reichen und sich explizit auf die *development trap* beziehen, werden im 9. Kohäsionsbericht nicht verzeichnet.

Es werden jedoch Daten der Indikatoren für den Zeitraum 2001-2022 präsentiert, die als Basis für die Berechnung der Wahrscheinlichkeit dienen, in eine *development trap* zu fallen. Denn um dieses Risiko zu bewerten, wird die Entwicklung von vier Indikatoren herangezogen: Das BIP pro Kopf, die Produktivität, die Beschäftigungsquote und der Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung.

Tabelle 2.2 Durchschnittliches prozentuelles Wachstum im Zeitraum 2001-2021

	BIP pro Kopf	Produktivität	Beschäftigungsquote	Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung
Wien	- 0,18	- 0,20	+ 0,22	- 0,20
Hamburg	+ 0,34	- 0,15	+ 0,67	- 0,18
Bratislavský kraj (Region Bratislava)	+ 2,97	+ 2,56	+ 0,93	- 0,52
Prag	+ 2,81	+ 2,33	+ 0,62	- 0,16

Laut 9. Kohäsionsbericht werden neoklassische Wirtschaftstheorien, also Theorien, die annehmen, dass die Wirtschaft sich selbst regelt und keine staatlichen Eingriffe benötigt, in bestimmten erhobenen Daten bestätigt. Eine neoklassische Herangehensweise an die Wirtschaftspolitik geht nämlich davon aus, dass das BIP-pro-Kopf-Wachstum dort am stärksten ist, wo es über ein geringeres Ausgangsniveau verfügt. Das erklärt auch den starken Zuwachs in der Region Bratislava und in Prag. Die Zahlen zu Hamburg und Wien sind ähnlich, Wien hat jedoch einen leichten BIP-Rückgang, ein leicht größeres Minus bei der Produktivität und beim Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung, sowie ein geringeres Wachstum bei der Beschäftigungsquote zu verzeichnen. Die negative Entwicklung des BIP pro Kopf zwischen 2020 und 2022 (siehe Tabelle 2.1) lässt zudem vermuten, dass Wien der *development trap* noch nicht entkommen ist.

Die negativen Auswirkungen einer *development trap* begrenzen sich nicht nur auf wirtschaftliche Indikatoren, sondern können auch zu politischer Instabilität führen. Dijkstra et al. (2023) sind zum Ergebnis gekommen, dass insbesondere in Regionen, die sich in einer *development trap* befinden, politische Unzufriedenheit unter Bürger*innen herrscht. Zudem würden sich Bürger*innen dort an der Wahlurne besonders oft für europaskeptische Parteien entscheiden.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Ein weiterer Treiber politischer Unzufriedenheit ist laut dem 9. Kohäsionsbericht auch soziale Ungleichheit. Selbstkritisch wird jedoch betont, dass derzeit keine ausreichenden Daten dazu vorliegen, inwiefern der Wohlstand innerhalb einer EU-Region verteilt ist. Um jedoch die Wirkung der Kohäsionsmittel auf ihre Treffsicherheit zu überprüfen und eine weitere politische Polarisierung zu verhindern, sei es notwendig zu untersuchen, welche soziologischen Gruppen tatsächlich am meisten von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren, und welche dabei zurückgelassen werden.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Die Wahlergebnisse für die EU-Parlamentswahl am 9.6.2024 zeigen, dass sich die Wiener*innen mehrheitlich nicht für die Wahl euroskeptischer Parteien entschieden haben. Die Wahlbeteiligung der Wiener*innen war jedoch mit 52,84% der Wahlberechtigten sehr niedrig (ORF 2024). Insgesamt lag jedoch in der gesamten EU die Wahlbeteiligung mit 51,05% auf einem niedrigen Niveau (Europäisches Parlament 2024). Es wäre demnach notwendig, dass nicht nur in den Mitgliedstaaten, sondern auch auf EU-Ebene die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung untersucht werden, um die politische Legitimität des Europäischen Parlaments auch in Zukunft zu gewährleisten und politischer Unzufriedenheit entgegenzuwirken.

In Wien treffen wie auch in zahlreichen anderen Großstädten ein überdurchschnittlich hohes BIP/Kopf auf eine hohe Armutsgefährdung (siehe 2.2.1 Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung). Aus einer städtischen Perspektive ist es daher wünschenswert, dass mehr Daten zur sozialen Ungleichheit innerhalb einer Region erhoben werden, um im weiteren Schritt Kohäsionsmittel zielsicher einzusetzen.

2.2 Hohe Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung treffen auf hohen Bildungsgrad

2.2.1 Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung

Im 9. Kohäsionsbericht wird unterstrichen, dass der europäische Arbeitsmarkt in den letzten von Krisen geprägten Jahren viel Resilienz bewiesen hat. Denn trotz des gravierenden Einschnitts in der Beschäftigungsquote am Anfang der Pandemie, ist letztere im Jahr 2022 in der Altersgruppe der 20-bis 64-jährigen auf eine Rekordhöhe von 74,6% gestiegen. Das wird u.a. auch auf die erhöhte Inklusion von Frauen und diskriminierten Gruppen am Arbeitsmarkt zurückgeführt (siehe Unterkapitel 2.3 und 2.4).

In Wien lag die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen 2022 bei 71,2%. Somit verfügt die Hauptstadt über die niedrigste Beschäftigungsquote in Österreich (Durchschnitt 77,3%) und liegt auch unter dem Durchschnitt der *more developed regions* (78,2%) und der EU 27 (74,6%). Innerhalb der EU ist Wien auch eine jener Regionen, in denen die Beschäftigungsquote im Zeitraum von 2013-2020 mit nur +2 Prozentpunkten am geringsten gewachsen ist (234. Platz von 241 Regionen), viel weniger als im Durchschnitt der *more developed regions* (+6 Prozentpunkte) und dem EU 27-Durchschnitt (+7,8 Prozentpunkte).

Auch in Bezug auf die Arbeitslosenquote schneidet Wien im EU-Vergleich negativ ab. Die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 74-jährigen Menschen ist im Zeitraum von 2013-2022

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

nur sehr geringfügig gesunken (-0,1 Prozentpunkte) und bleibt 2022 mit 9,2 % auf hohem Niveau, weit über dem Durchschnitt in Österreich (4,7%) und der EU 27 (6,2%). Zum Vergleich: In den Hauptstädten der Nachbarländer Tschechien und Slowakei liegt die Arbeitslosenquote bei sehr niedrigen 1,6% in Prag und 2,3% in der Region Bratislava.

Neben der hohen Arbeitslosigkeit muss sich Wien noch weiteren sozialen Herausforderungen stellen: 26,2 % der Wiener*innen waren im Jahr 2022 *at risk of poverty or social exclusion* (AROPE). Eine besonders hohe Zahl im Vergleich mit anderen *more developed regions* (18,6%) und der EU 27 (21,7%), vergleichbar jedoch mit Städten wie Hamburg (26,1%) und Bremen (32%). Prag und die Hauptstadtregion Bratislava weisen hingegen mit jeweils 8,9% und 10,9% eine viel niedrigere AROPE-Rate auf.

Bei der Berechnung der AROPE-Rate werden drei Indikatoren zusammengerechnet: Die Erwerbsintensität, die Quote der erheblichen materiellen Deprivation und die Armutsgefährdungsquote. Mit dem Begriff „geringe Erwerbsintensität“ werden jene Menschen erfasst, in deren Haushalt Menschen im erwerbsfähigen Alter leben, die in den vorangegangenen 12 Monaten weniger als 20% ihres gesamten Erwerbspotentials gearbeitet haben. 10% der Wiener*innen unter 65 Jahren leben in einem Haushalt mit niedriger Erwerbsintensität. Das ist der höchste Wert unter den österreichischen Bundesländern und liegt auch etwas über dem EU 27-Schnitt (8,3%).

Die erheblich materielle Deprivation wird als die unfreiwillige Unfähigkeit definiert, für mindestens vier der folgenden Ausgaben aufkommen zu können: Hypotheken- oder Mietschulden oder Rechnungen für Versorgungsleistungen, angemessene Beheizung der Wohnung, unerwartete Ausgaben, regelmäßige fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten, Urlaubsreisen, Fernseher, Waschmaschine, Auto, Telefon. Die Quote der erheblich materiellen Deprivation liegt in Wien mit einem Wert von 4,1% der Bewohner*innen zwar am höchsten in Österreich, jedoch unter dem EU 27-Schnitt von 6,7%. Die Armutsgefährdungsquote lag 2022 in Wien bei 21,4%, und lag somit weit über dem Durchschnitt in Österreich (14,8%) und der EU 27 (16,5%).

Laut Bericht ist insbesondere in den *less developed regions* der AROPE-Anteil in der Bevölkerung gesunken, und zwar von 35% im Jahr 2014 auf 28% im Jahr 2019. Seit 2019 stagniert jedoch der AROPE Anteil in der gesamten EU auf 21,7%. Als Grund dafür, wird vor allem die hohe Inflation genannt, die eine große Belastung für die Haushalte darstellt und dazu geführt hat, dass der AROPE-Anteil in manchen Regionen sogar gestiegen ist.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

In Österreich betrug die Inflation 2023 7,8% und lag somit viermal höher als der Zielwert der Europäischen Zentralbank. Dabei waren die Preise für Wohnen, Nahrungsmittel und Energie die größten Preistreiber. Die Inflationsrate liegt damit höher als in vielen anderen europäischen Staaten (Statistik Austria 2024). In Bezug auf den hohen AROPE-Anteil in der Bevölkerung Wiens bedeutet das: Wenn keine wirksamen Maßnahmen gegen die Inflation ergriffen werden, ist in den nächsten Jahren nicht mit einer Reduktion der Armut zu rechnen.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

2.2.2 Bildung

Zwischen Bildungsgrad und Armutsbetroffenheit besteht laut 9. Kohäsionsbericht ein klarer Zusammenhang. Bei EU-Bewohner*innen mit niedrigem Bildungsabschluss lag 2022 der AROPE-Anteil bei 34,5%, bei jenen mit Hochschulabschlüssen lediglich bei 10,5%. Der AROPE-Anteil unter Wiener*innen ist wie bereits erwähnt besonders hoch, das bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, dass die Wiener*innen weniger gebildet sind. Im Gegenteil: Mit 45,6% liegt Wien beim Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss (Altersgruppe 25- bis 64-jährige) über dem EU 27-Schnitt (34,3%) und verfügt über einen weitaus höheren Wert als in den *more developed regions* (38,4%). Damit hat Wien auch den höchsten Akademiker*innenanteil in ganz Österreich. Diese Zahlen decken sich auch mit den Aussagen im 9. Kohäsionsbericht, dass insbesondere universitäre Einrichtungen und der Arbeitsmarkt urbane Zentren zu einem Anziehungspunkt für Akademiker*innen machen.

Der Anteil der Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung als höchsten Bildungsabschluss war in Wien dementsprechend im Jahr 2022 mit 28,1% besonders niedrig und unter dem Schnitt der EU 27-Länder (35,3%) und der *more developed regions* (32,5%).

Über welche Ausbildung man verfügt, hat auch Auswirkungen auf die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen. So liegt der Unterschied in der Beschäftigungsquote von Wiener*innen mit einer Berufsausbildung und jenen mit einem Hochschulabschluss bei 9 Prozentpunkten (EU 27: 6,4 Prozentpunkte), das ist der höchste Wert in Österreich. Gleichzeitig wird im Bericht betont, dass in den EU-Regionen insbesondere Fachkräfte mit Berufsausbildung benötigt werden, um die ökologische Transformation umzusetzen. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Nachfrage am Wiener Arbeitsmarkt nach Arbeitnehmer*innen mit einer Fachausbildung steigen wird.

Der Anteil der Wiener*innen zwischen 18-24 Jahren, die höchstens die Sekundarstufe abgeschlossen haben und weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch eine Berufsausbildung machen, also die sogenannten *early leavers*, liegt mit 10,9% etwas über dem EU 27-Durchschnitt (9,8%) und dem Durchschnitt Österreichs (8,2%). In der Region Bratislava liegt er zum Vergleich lediglich bei 2% und in Prag bei 1,9%.

2.3 Wien als Einwanderungsstadt Europas: Herausforderung und Chance

In Bezug auf Migration sticht die Stadt Wien bei den im 9. Kohäsionsbericht präsentierten Daten besonders hervor. Mit 14,9% liegt der Anteil der Menschen in der Bevölkerung, die in einem anderen EU-Land geboren sind, weit über dem EU 27-Durchschnitt (3,8%) und wird nur von Brüssel mit 23,1% und Luxemburg mit 41,2% übertroffen. Auch der Anteil der Menschen in der Bevölkerung, die in einem Drittstaat geboren sind, liegt in Wien mit 28,7% weit über dem EU 27-Durchschnitt (9,6%) und belegt mit diesem Anteil den zweiten Platz in der EU 27 ohne Überseegebiete. Den ersten Platz ohne Überseegebiete belegt dabei die Hauptstadtregion Brüssel mit 30,1%, den dritten Platz Bremen mit 25,5%.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Was ein hoher Anteil an Migrant*innen, die im 9. Kohäsionsbericht als all jene Menschen definiert werden, die in einem anderen Land als ihren derzeitigen Aufenthaltsort geboren sind, für eine bestimmte Region und die wirtschaftliche Kohäsion bedeutet, wird im 9. Kohäsionsbericht durchwegs differenziert betrachtet.

40% der Migrant*innen in der EU 27 sind laut 9. Kohäsionsbericht besonders von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen (AROPE). Dieser Anteil ist doppelt so hoch als bei jenen EU-Bürger*innen, die in ihrem Geburtsland leben. Während die Beschäftigungsquote für Migrant*innen aus EU-Ländern sich kaum von der ansässigen Bevölkerung unterscheidet, liegt jene von Migrant*innen aus Drittstaaten im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte niedriger. Das wird vor allem auf die niedrigere Erwerbstätigkeit von Frauen in dieser Bevölkerungsgruppe zurückgeführt. Zudem wird angemerkt, dass Migrant*innen beim Zugang zum Arbeitsmarkt Diskriminierung ausgesetzt sind. Es wird jedoch nicht näher differenziert, ob sich unter den Migrant*innen auch Menschen befinden, die aufgrund ihres rechtlichen Aufenthaltsstatus noch keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen.

Regionen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen stehen also vor großen sozialen Herausforderungen. Gleichzeitig wird im 9. Kohäsionsbericht betont, dass gerade eine rasche Integration von Migrant*innen großes Potential für die wirtschaftliche Entwicklung und den Fachkräftemangel innerhalb einer Region birgt. Als Beispiel dafür wird die Fluchtbewegung aus der Ukraine in die EU genannt.

Geflüchtete aus der Ukraine haben nach der EU-Richtlinie für vorübergehenden Schutz rasch Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Eine Mehrzahl hat sich in den Städten der östlichen EU-Regionen niedergelassen. Dort haben sie sich großteils, insbesondere aufgrund der niedrigen Sprachbarriere, rasch in den Arbeitsmarkt integriert und werden damit durch ihre Arbeitsleistung voraussichtlich zu einem BIP-Zuwachs von 0,5 Prozentpunkten in Osteuropa beitragen.

Tabelle 2.3 Anteil der Bevölkerung, der in einem anderen EU-Land geboren ist (Altersgruppe 15-74), Jahr 2022

EU 27	3,8 %
Österreich	10,1 %
Wien	14,9 %
Bruxelles	23,1 %
Luxemburg	41,2 %

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Tabelle 2.4 Anteil der Menschen in der Bevölkerung, die in einem Drittstaat geboren sind (Altersgruppe 15-74), Jahr 2022

EU 27	9,6 %
Österreich	13,8 %
Wien	28,7 %
Bruxelles	30,1 %
Bremen	25,5 %

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Der hohe Anteil an Migrant*innen ist für die Stadt Wien sowohl mit sozialen Herausforderungen, als auch mit einer wirtschaftlichen Chance verbunden. Gleichzeitig könnte der hohe Anteil an Wiener*innen mit internationalen Wurzeln darauf hinweisen, dass Wien ein Anziehungspunkt für Menschen aus unterschiedlichen Ländern ist, was wiederum für die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt spricht. Aussagekräftiger wären die Ergebnisse des 9. Kohäsionsberichts jedoch, wenn weitere wichtige Indikatoren wie zum Beispiel der Aufenthaltsstatus und der Bildungsgrad der Migrant*innen, der niederschwellige Zugang zu Sprachkursen oder Daten über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen erhoben werden würden: Alles Aspekte, die für die Integration am Arbeitsmarkt von Bedeutung sind.

2.4 Fehlende Gleichberechtigung als Kohäsionshindernis

2.4.1 Care-Arbeit und der gender employment gap

Das Politikfeld der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wird als ein wichtiges Element der EU-Politiken und auch der EU-Kohäsionspolitik betrachtet. Laut dem Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte soll der *gender employment gap*, also der prozentuelle Unterschied zwischen dem Anteil der Männer und dem Anteil an Frauen, die erwerbstätig sind, um die Hälfte verringert werden. Dadurch könnte die allgemeine Beschäftigungsquote erhöht und dem Fachkräftemangel und der demographischen Alterung entgegengewirkt werden. Drei Aspekte, die sich positiv auf die wirtschaftliche Kohäsion auswirken würden. Doch ein Gleichgewicht in der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Denn seit 10 Jahren bleibt der *gender employment gap* in der EU 27 unverändert. 69% der Frauen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sind einer Erwerbstätigkeit nachgegangen, um rund 11 Prozentpunkte weniger als Männer. Die Unterschiede zwischen den Regionen in der EU haben ebenfalls zugenommen. So beträgt der *gender employment gap* in *more developed regions* -8 Prozentpunkte, in *less developed regions* ist er mit -16 Prozentpunkten rund doppelt so hoch. In Österreich liegt er mit -7,8 Prozentpunkten leicht unter dem Durchschnitt der *more developed regions*. Dasselbe gilt auch für Wien (-7,5 Prozentpunkte).

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Der Schlüssel, um den *gender employment gap* zu schließen, liegt laut 9. Kohäsionsbericht im Ausbau leistbarer Kinderbetreuungs- und Pflegeplätze und der Einführung flexibler Arbeitszeiten. Diesbezüglich werden Daten zum prozentuellen Anteil an Kindern präsentiert, die ab drei Jahren bis zum schulpflichtigen Alter eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen,.

Tabelle 2.5 Anteil an Kindern von drei Jahren bis zur Schulpflicht, die eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen (2021)

EU 27	92,5 %
more developed regions	93,2 %
Durchschnitt Österreich	89,3% ⁶
Wien	87,8 %

Im Vergleich zur EU 27, den *more developed regions* und dem Durchschnitt Österreichs ist der Anteil an Kindern von drei Jahren bis zum schulpflichtigem Alter, die eine elementarpädagogische Einrichtung besuchen, in Wien etwas niedriger.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Bei der Interpretation der Zahlen, die sich auf den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen beziehen, ist es wichtig zu beachten, dass Wien auch beispielsweise mit Regionen u.a. in Frankreich verglichen wird, in denen der Besuch einer elementarpädagogischen Einrichtung in diesem Alter bereits zur Schulpflicht zählt. Auch gilt es zu beachten, dass insgesamt in Bezug auf Gleichberechtigung zahlreiche Aspekte, die zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen, im 9. Kohäsionsbericht nicht thematisiert werden.

So schneiden zwar Wien und Österreich beim *gender employment gap* im EU-Vergleich relativ gut ab, jedoch wird dabei das Stundenausmaß der Beschäftigungsverhältnisse von Männern und Frauen außer Acht gelassen. So waren in Österreich 2022 50,7% der Frauen und nur 12,6% der Männer in Teilzeitbeschäftigung. Als Grund für die Teilzeitarbeit gaben 39,5% der Frauen und nur 6,6% der Männer die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen an. Auf das Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Männer hat die Elternschaft keinen Einfluss (Statistik Austria 2022).

Zudem wäre es naheliegend, die Öffnungszeiten der elementarpädagogischen Einrichtungen zu erheben und zu überprüfen, inwiefern diese mit einer Vollzeit-Anstellung vereinbar sind. So sind z.B. in Österreich nur die Hälfte der Kindergartenplätze mit einem Vollzeitjob vereinbar. In Wien sind die Öffnungszeiten von rund 90% der elementarpädagogischen Einrichtungen, mit einer Vollzeitstelle kompatibel. In Niederösterreich sind es beispielsweise lediglich 26% (Statistik Austria 2024)¹. Das

⁶ Anmerkung der Autorin: Eigene Berechnung, da der österreichische Durchschnitt im Datensatz des 9. Kohäsionsberichts nicht angegeben wurde.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

bedeutet, dass zwar in Wien der Anteil der Kinder zwischen drei Jahren bis zur Schulpflicht, die einen Kindergarten besuchen, etwas geringer als in den anderen Bundesländern ausfällt, für Mütter deren Kinder jedoch eine elementarpädagogische Einrichtung besuchen ist es eher möglich, gleichzeitig einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Ein Hinweis dafür ist die Teilzeitquote unter Frauen in Wien, die mit 45,1% im Bundesländervergleich, die zumindest im am niedrigsten ausfällt (Statistik Austria 2023).

Ebenso müsste man die Leistbarkeit der Einrichtungen thematisieren und die Verfügbarkeit an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige. Zudem müsste auch ein *gender care gap*, also der Unterschied in der Verrichtung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen, erhoben werden. So wird zum Beispiel in Österreich 63% der unbezahlten Care-Arbeit⁷ von Frauen geleistet. Männer hingegen leisten lediglich 37% der unbezahlten Care-Arbeit (Momentum Institut 2023). Auch die Möglichkeit für Väter, Karenzzeiten in Anspruch zu nehmen, sollte näher untersucht werden.

2.4.2 Der lange Weg zur politischen Gleichberechtigung

Eine weitere im 9. Kohäsionsbericht beleuchtete Gleichberechtigungsdimension ist jene der politischen Repräsentation auf regionaler Ebene. Auch diesbezüglich sieht die Bilanz auf EU-Ebene eher negativ aus. In nur 16 von insgesamt 285 regionalpolitischen Vertretungen innerhalb der EU besteht ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern. Im Zeitraum 2013-2023 stagnierte der Anteil von Frauen in regionalen Entscheidungsgremien. In manchen Regionen ist er sogar gesunken, u.a. auch in Oberösterreich (-7,1 Prozentpunkte). Das Gegenteil war jedoch auf Wiener Ebene der Fall. Der Frauenanteil im Gemeinderat und Landtag ist im selben Zeitraum um 7 Prozentpunkte gestiegen und lag im Jahr 2023 bei 42%, jedoch noch weit entfernt von den in der EU angestrebten 50%. In Bezug auf gleichberechtigte politische Repräsentation bleiben die regionalen Unterschiede in der EU sehr groß. So liegt der Frauenanteil in den regionalen Vertretungen bei nur 4% in der griechischen Region Anatolilki Makedonia Thraki und bei rund 53,7% in der dänischen Region Midtjylland.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Im 9. Kohäsionsbericht wird nicht darauf eingegangen, ob in jenen Regionen, in denen die Geschlechterparität erreicht wurde, Quotensysteme bestehen. Ebenfalls müsste thematisiert werden, ob die geringe Quote in bestimmten Ländern damit zu tun hat, dass weniger Frauen kandidieren oder weniger Frauen gewählt werden.

Das Ziel einer Geschlechterparität in allen politischen und institutionellen Entscheidungsgremien scheint jedenfalls für die EU 27, wie bereits im 8. Kohäsionsbericht erwähnt, auch auf regionaler Ebene noch schwer erreichbar.

⁷ Die Bundeszentrale für politische Bildung (Deutschland) definiert Care-Arbeit wie folgt: „Care-Arbeit oder Sorgearbeit beschreibt die Tätigkeiten des Sorgens und Sich Kümmerns. Darunter fällt Kinderbetreuung oder Altenpflege, aber auch familiäre Unterstützung, häusliche Pflege oder Hilfe unter Freunden. Bislang wurden diese Arbeiten überwiegend von Frauen geleistet, oft als unbezahlte Hausarbeit gesellschaftlich als notwendig und selbstverständlich angesehen.“ (BPB 2024)

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

2.5 Hohes Vertrauen in die lokale Verwaltung und erfolgreiche Digitalisierung der Amtswege

Im 9. Kohäsionsbericht wird betont, dass die Qualität der öffentlichen Institutionen maßgeblich für den Erfolg der Kohäsionspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung einer Region sei. Gemessen wird diese Qualität mit dem sogenannten *European Quality of Government Index (EQI)*. Nach dem EQI zeichnet sich die Qualität einer öffentlichen Verwaltungseinheit durch einen hohen Grad an Unparteilichkeit, eine gute Umsetzung der öffentlichen Dienstleistungen und niedrige Korruption aus. Die Daten des EQI ergeben sich aus Befragungen von Bewohner*innen, die gebeten wurden, die für sie zuständigen Institutionen auf Basis von drei Dimensionen (Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, Unparteilichkeit, Korruption) zu bewerten.

Mit einem Wert von 0,76 belegt Wien im Vergleich der NUTS-2-Regionen den 59. Platz von 210 und verfügt damit über den niedrigsten Wert innerhalb Österreichs. Bei der Bewertung von Korruption schneidet Wien weitaus besser als andere NUTS-2-Regionen wie Prag oder die Region Bratislava ab. Der Vergleich mit der Stadt Hamburg zeigt jedoch, dass die Bekämpfung von Korruption in der Stadt Wien noch ausbaufähig ist. Die Werte für die Stadt Wien sind seit 2010 stabil. Das Vertrauen der EU-Bürger*innen ist laut 9. Kohäsionsbericht jedenfalls je nach Verwaltungsebene unterschiedlich groß ausgeprägt. So genießen lokale und regionale öffentliche Verwaltungseinheiten das Vertrauen von 53% ihrer Bewohner*innen, auf nationaler Ebene sind es lediglich 32%.

Ein wichtiger Aspekt für die Erhöhung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen ist laut 9. Kohäsionsbericht die Digitalisierung. So sollen laut EU-Digitalstrategie bis 2030 alle EU-Bürger*innen sämtliche Behördenwege digital erledigen können.

Tabelle 2.6 European Quality of Government Index: Vergleich von NUTS-2-Regionen. EU 27-Durchschnitt Index=0, Jahr 2023

Stadt / Region	EQI	Qualität	Unparteilichkeit	Korruption
Wien	0,76	0,99	0,85	0,32
Prag	0,03	0,53	- 0,06	- 0,39
Region Bratislava	- 1,12	- 0,77	- 0,82	- 1,6
Hamburg	0,88	0,97	0,45	1,10

In Wien haben 2021 bereits rund 80% der Bewohner*innen im Alter von 16 bis 74 Jahren innerhalb von 12 Monaten zumindest einen Amtsweg digital erledigt. Das stellt den höchsten Anteil in Österreich dar und ist mit Zahlen in der Region Bratislava und in Prag vergleichbar. Über die höchste Zahl innerhalb der EU verfügt die dänische Hauptstadtregion Hovedstaden mit 94,35%. Dass ein hoher Anteil an digitalen Amtswegen auch in einem urbanen Zentrum mit guter Internetverbindung keine Selbstverständlichkeit

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

darstellt, zeigt der vergleichsweise niedrige Anteil an digitalen Amtswegen in Hamburg, der gar einen Rücklauf zu verzeichnen hat. Für die Autor*innen des 9. Kohäsionsberichts sind ein fehlender Internetzugang, nicht vorhandene *E-Government* Infrastruktur und mangelnde digitale Fähigkeiten Hindernisse für die Digitalisierung von Amtswegen, insbesondere in ländlichen Regionen. Das unterschiedliche Voranschreiten der Digitalisierung wird auch als eine Gefahr für die Kohäsion gesehen und könnte zu mehr (Chancen-)Ungleichheit innerhalb der Regionen führen.

Tabelle 2.7 Prozentsatz an Menschen im Alter von 16-74-Jahren, die in den letzten 12 Monaten über den digitalen Weg mit den öffentlichen Behörden in Kontakt getreten sind (2021)

	% an Menschen im Alter von 16-74 Jahren	Differenz in Prozentpunkten Zeitraum 2013-2021
Wien	79,89 %	+18,7
Österreich	72,97 %	+19,34
Region Bratislava	76,81 %	+36,92
Prag	80,53 %	+40,53
Hamburg	45,86 %	- 6,85

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Mit der Digitalen Agenda 2025 und der Smart Klima City Strategie möchte Wien die Digitalisierungshauptstadt Europas werden. Dabei wird Digitalisierung nicht nur als ein Mittel zum Zweck gesehen, sondern soll primär die Lebensqualität der Wiener*innen verbessern. Das leitende Prinzip ist dabei der digitale Humanismus. Er legt ethische Überlegungen, Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit ins Zentrum der digitalen Veränderung. Neue Technologien sollen dazu dienen, die Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft fördern. Ein besonderes Augenmerk wird beispielsweise auf den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Dienstleistungen und die Entwicklung digitaler Kompetenzen für alle Generationen gelegt (Digitaler Humanismus 2024; Smart Klima City Strategie Wien 2024).

2.6 Wien und die „green transition“

2.6.1 Unterschiedliche Klimawandel-Betroffenheit innerhalb der EU

Bei der Umsetzung des Europäischen Green Deals spielt EU-Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle. So sind in der EU-Förderperiode 2021-2027 100 Mrd. Euro für Projekte vorgesehen, die sich der ökologischen Transformation widmen.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Dabei werden laut 9. Kohäsionsbericht die Auswirkungen des Klimawandels europäische Regionen in unterschiedlicher Intensität treffen. Das hat neben klimatischen auch geographische und entwicklungspolitische Gründe. So wird z.B. erwähnt, dass insbesondere Küstenregionen am Mittelmeer, aber auch strukturschwache Regionen in Osteuropa besonders unter den dramatischen Auswirkungen des Klimawandels leiden werden. Nicht nur bei den Auswirkungen des Klimawandels, auch bei den Treibhausgasemissionen gibt es große regionale Unterschiede.

Im Vergleich der NUTS-2-Regionen hatte Wien 2022 beispielsweise CO₂-Emissionen pro Kopf mit einem Wert von 2,3 t und lag damit unter dem österreichischen Durchschnitt (8,5t) und der EU 27 (7,96t). Bei der Interpretation dieser Zahlen sei es jedoch laut den Autor*innen des 9. Kohäsionsberichts wichtig zu bedenken, dass die CO₂-Emissionen, die durch die fossile Energieproduktion entstehen, nicht jenen Regionen zugeordnet werden, die sie konsumieren, sondern nur jenen, in denen sie produziert werden. So verzeichnete die niederländische NUTS-2-Region Groeningen mit 37,7t die höchsten CO₂-Emissionen pro Kopf. In derselben Region befand sich jedoch auch das größte Gasfeld Europas, das mittlerweile aufgrund vermehrter Erdbeben stillgelegt ist (ZEIT 2023).

Um die regionalen Unterschiede innerhalb der EU weiter zu verdeutlichen und leichter vergleichbar zu machen, wird im 9. Kohäsionsbericht ein modellhaftes Zukunftsszenario des „Nicht-Handelns“ skizziert, in dem bis 2050 eine Erwärmung von 2 Grad Celsius stattfindet, gleichzeitig aber keine infrastrukturellen Anpassungen an die Auswirkungen des Klimawandels vollzogen werden. Es geht in diesem Szenario also nicht um die regionalen Unterschiede in der Reduktion der CO₂-Emissionen, sondern um die unterschiedliche Betroffenheit sowohl aufgrund von infrastrukturellen als auch klimatischen bzw. geographischen Gegebenheiten. Damit soll deutlich gemacht werden, dass sowohl die Reduktion der CO₂-Emissionen notwendig sei, um das Pariser Klimaziel von einer Erderwärmung von unter 2 Grad Celsius zu erreichen, als auch infrastrukturelle Anpassungen an neue klimatische Gegebenheiten, die durch den Klimawandel verursacht werden, unerlässlich sind, um die europäische Bevölkerung zu schützen und wirtschaftliche Schäden zu begrenzen.

Der Anteil der Bevölkerung, die in diesem Fall lebensbedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt wäre, damit sind u.a. Überschwemmungen, Stürme, Wassermangel und Waldbrände gemeint, würde in Wien bei 1,2% liegen – ein vergleichsweise niedriger Anteil sowohl innerhalb Österreichs, als auch im Vergleich mit anderen europäischen Regionen. So wären in der NUTS-2-Region West- und Südsteiermark 25,9% der Bevölkerung betroffen, auf Zypern und in mehreren griechischen und spanischen Regionen wäre sogar die gesamte Bevölkerung (100%) allfälligen lebensbedrohlichen Auswirkungen ausgesetzt.

In Bezug auf die Mortalitätsrate bei extremen Temperaturen (Hitze und Kälte) wäre Wien in diesem Szenario ebenso weniger als andere europäische Regionen betroffen. Zu erwarten wäre in der Hauptstadt eine Mortalitätsrate von 766 Menschen im Jahr pro 1 Millionen Einwohner*innen. Zum Vergleich: im Südburgenland würde sich die Mortalität auf 1 375 Menschen belaufen, in der bulgarischen Region Smolyan müsste man mit 4 589 Toten rechnen. Die Mortalitätsrate fällt laut 9. Kohäsionsbericht in jenen Regionen am höchsten aus, in denen besonders viele ältere Menschen wohnen werden. Infrastrukturelle Aspekte wie z.B. die Belastbarkeit des Gesundheitssystems, wurden ebenfalls in der Berechnung der Mortalitätsrate berücksichtigt.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

2.6.2 Wiens Arbeitsmarkt ist für die green transition gewappnet

Klimawandelbekämpfung und -anpassung rettet nicht nur Menschenleben, in einem demokratischen System bereits ein Wert an sich, sondern bedeutet langfristig, auch aus finanzieller Perspektive umsichtig zu handeln.

Im 9. Kohäsionsbericht wird unterstrichen, dass jeder Euro, der in die Klimawandelprävention investiert wird, eine Rendite im Rahmen von 2 bis zu 10 Euro bringen würde. Handle man nicht, würde das schwerwiegende Auswirkungen auf die öffentlichen Ausgaben haben. In Wien würden beispielsweise bei einem Szenario einer Erderwärmung von 2 Grad bis 2050 ohne Klimaanpassungsmaßnahmen zusätzliche Kosten von rund 0,3% des BIPs anfallen. Mit dieser Zahl befindet sich Wien im europäischen Mittelfeld. Im Vergleich dazu würden sich die Ausgaben in der NUTS-2 Region Wiener Umland/Nordteil auf 1,06% des BIPs belaufen. Die griechische Insel Korfu verfügt mit 10,8% des BIPs über den höchsten Wert innerhalb der EU.

Im 9. Kohäsionsbericht wird ferner betont, dass die ökologische Transition auch soziale Risiken mit sich bringt, insbesondere in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Das sozioökonomische Risiko ist dabei in Regionen, die über besonders viele Beschäftigte in der Kohleindustrie oder anderen CO₂-intensiven Industrien verfügen, besonders hoch. Gleichzeitig falle es besonders in urbanen und wirtschaftlich starken Regionen, deren Bewohner*innen vor allem in wissensbasierten Industrien tätig sind, besonders niedrig aus.

Der Anteil der Kohleindustrie an der Gesamtbeschäftigung in Wien liegt bei 0%, jene in CO₂-intensiven Industrien liegt bei 0,84%. Dementsprechend ist Wien gemeinsam mit Städten wie Prag oder Berlin eine der wenigen NUTS-2-Regionen, in denen das sozioökonomische Risiko, das mit der ökologischen Transition verbunden ist, bei einem Wert von 0,0 (Index= 0 bis 100) liegt. In Bezug auf die soziale Dimension der ökologischen Transition ist jedoch wichtig anzumerken, dass im 9. Kohäsionsbericht zwar auch andere, nicht arbeitsmarktspezifische soziale Auswirkungen thematisiert werden (z.B. die Kosten, die durch die Implementierung nachhaltiger Technologien entstehen), die besonders Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen betreffen werden. Diesbezügliche Daten werden jedoch nicht präsentiert. Allerdings wird erwähnt, dass hierfür ein niederschwelliger und kostengünstiger Zugang zu erneuerbaren Energien und finanzielle Unterstützung erforderlich sei.

Positiv hervorzuheben ist, dass 2019 bereits 40,6% der Arbeitsplätze in Wien Arbeitsbereichen zuzuordnen waren, die in ihrer Produktivität und ihrer Nachhaltigkeit höher als der EU 27 Median lagen. Damit lag Wien vor fünf Jahren im europäischen Spitzenfeld. Aktuelle Zahlen, die insbesondere in Bezug auf die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise relevant wären, werden jedoch im 9. Kohäsionsbericht nicht genannt.

2.6.3 Nachhaltige Energieversorgung: großes ungenutztes Potenzial

Ganz im Zeichen der *green transition* widmet sich der 9. Kohäsionsbericht beim Thema Energie allen voran der nachhaltigen Energiegewinnung. Ziel sei es, die Energieautarkie der EU durch erneuerbare Energien sicherzustellen. Die Produktion nachhaltiger Energieträger, angetrieben durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, hat in der EU im Vergleich zu 2021, im Jahr 2022 eine Zunahme von 47%

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

bei der Solarenergie und 40% bei der Windkraft zu verzeichnen. Dabei wird betont, dass das Potential für erneuerbare Energie bei Weitem nicht ausgeschöpft sei. Die EU könnte in Zukunft den fünffachen Strombedarf des Jahres 2021 aus nachhaltigen Quellen produzieren. Insbesondere rurale und weniger entwickelte Regionen könnten dazu beitragen, die nachhaltige Energiegewinnung zu maximieren. Wien bildet dabei als Hauptstadtregion eine Ausnahme. Laut Daten des 9. Kohäsionsberichts ist Wien eine jener europäischen Regionen, in denen noch viel ungenutztes Potenzial für die nachhaltige Energiegewinnung liegt. So wird geschätzt, dass die Hauptstadt ein Potenzial von 3426,2 MWh/km²/Jahr in Solar-, Wind- und Wasserenergie ungenutzt lässt. Dabei handelt es sich um das größte ungenutzte Potenzial in ganz Österreich. Im Vergleich mit anderen NUTS-3-Regionen befindet sich Wien im oberen Mittelfeld.

In erneuerbare Energie zu investieren würde auch die CO₂-Emissionen pro Kopf in Wien reduzieren. Denn während in einer von dreien NUTS-2-Regionen und allen anderen österreichischen Regionen Mobilität der Hauptverursacher von Treibhausemissionen ist, ist es in Wien die (fossile) Energieproduktion.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Da die Daten zum ungenutzten Potenzial an erneuerbaren Energie nicht nach Art der erneuerbaren Energien aufgegliedert werden, sind sie nur schwer zu interpretieren. Die Stadt Wien zeigt jedenfalls mit einer Sonnenstromoffensive, die u.a. Know-how und Förderung an Wiener*innen, die Solarpaneele installieren wollen, weitergibt, und digital zugänglichen Solar-, Wind-, Abwasserwärme- und Erdwärmepotenzialkatastern, sowie einer Abwärmepotenzialkarte, dass das Bewusstsein über das verfügbare Potenzial für erneuerbare Energie bereits sehr hoch ist. Bis 2040 sollen zudem Raumwärme und Warmwasser in Gebäuden ausschließlich erneuerbar bereitgestellt werden (Stadt Wien 2024; Sonnenstromoffensive 2024; Wiener Wärmeplan 2024).

2.6.4 Elektro- und Wasserstoff-Mobilität: die Stadt Wien als Vorreiterin

Im 9. Kohäsionsbericht wird zwar betont, dass nachhaltige Mobilität und insbesondere öffentliche Verkehrsmittel ein wichtiger Bestandteil der EU-Klimapolitik seien. Diese werden jedoch nur in Form von Zugfernverkehr zwischen den Regionen thematisiert. Dahingehend wird betont, dass die Hochgeschwindigkeitsverbindungen zwischen europäischen Regionen ausgebaut werden müssen, sehr viele Regionen insbesondere in Zentral- und Osteuropa (darunter Österreich) über gar keine Verbindungen solcher Art verfügen. Der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von Regionen und das Vorhandensein von Zugverbindungen abseits von Hochgeschwindigkeitszügen, wird jedoch nur am Rande thematisiert.

Genau diese Aspekte wäre jedoch für Wien, einer Stadt, in der die öffentlichen Verkehrsmittel ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge sind und die sich, neben den zahlreichen Zugverbindungen in die Nachbarländer, zu einer internationalen Drehscheibe für den Nachtzugverkehr etabliert hat (Wien in Europa 2024), von besonderer Bedeutung.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

In Bezug auf die *green transition* wird im 9. Kohäsionsbericht der Fokus hingegen auf den Ausbau von E-Mobilität im Individualverkehr gelegt. Diese wird als eine weitere Maßnahme gesehen, um die Abhängigkeit von Erdöl zu reduzieren und die *green transition* umzusetzen. Dafür sei jedoch der Ausbau der Ladeinfrastruktur notwendig, um einen niederschweligen Zugang zu E-Ladestationen zu ermöglichen. 2022 konnten in der EU im Durchschnitt rund 288 E-Ladestationen innerhalb von zehn Kilometern erreicht werden. Im Vergleich dazu waren es 2020 lediglich 122, das bedeutet einen Zuwachs von 135 %. Auch der Abstand zur nächsten E-Ladestation hat sich von 6,9 km (2020) um 40% auf 4 km 2022 verkürzt. Im 9. Kohäsionsbericht wird jedoch betont, dass sich diese positive Entwicklung auf westliche EU-Regionen, Hauptstädte und *well developed regions* beschränkt. Während sich in urbanen Regionen im Jahr 2022 620 E-Ladestationen im Umkreis von 10 km befanden, waren es in ruralen Regionen im selben Jahr lediglich 23. Diese regionalen Unterschiede gehen aus Sicht des 9. Kohäsionsbericht über demographische und räumliche Faktoren (mehr Einwohner*innen, dadurch mehr E-Autos, weniger Fläche, dadurch mehr Dichte an Ladestationen) hinaus.

Wien stellt auch im Vergleich mit anderen urbanen Regionen überdurchschnittlich viele E-Ladestationen zur Verfügung und ist eine jener Regionen mit der höchsten Dichte an E-Ladestationen.

Tabelle 2.8 E-Ladestationen innerhalb eines 10km Radius, Jahr 2022

EU 27	287,8
Österreich	443,6
Wien	1621,9
Prag	414,9
Hamburg	968,4

Tabelle 2.9 Durchschnittliche Distanz (km) zur nächsten E-Ladestation, Jahr 2022

EU 27	4,1
Österreich	1,5
Wien	0,4
Prag	0,9
Hamburg	0,7

Es ist anzunehmen, dass neben der Verfügbarkeit von Infrastruktur auch die Leistbarkeit von E-Autos ein wichtiger Faktor für den Umstieg auf E-Mobilität im Individualverkehr ist. Dieser Aspekt wird im 9. Kohäsionsbericht jedoch nicht erwähnt.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Wasserstoff wird als ein wichtiger Bestandteil der nachhaltigen Mobilitätswende erwähnt, wird jedoch nur in einem sehr kurzen Unterkapitel behandelt und noch als ein „Randphänomen“ innerhalb der EU bezeichnet. So befindet sich der Großteil der Wasserstoff-Tankstellen in nordwestlichen EU-Staaten, 63% davon in Deutschland und jeweils 25% in Frankreich und den Niederlanden. In den östlichen EU-Regionen hingegen gibt es keine Wasserstoff-Tankstellen. Die Autor*innen des 9. Kohäsionsberichts betonen dabei, dass Wasserstoff-Tankstellen insbesondere für den Frachtransport von Bedeutung sind.

Welche Rolle Wasserstoff für den öffentlichen Verkehr spielen könnte, wird jedoch nicht thematisiert. Die Wiener Stadtwerke verfügen über eine eigene Wasserstoffstrategie, die zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität bis 2040 maßgeblich beitragen soll. 2024 wurde eine Elektrolyseanlage für die Produktion von grünem Wasserstoff in Betrieb genommen, bis 2025 sollen 10 Wasserstoffbusse auf der Autobuslinie 39A fahren (Wien Energie 2024). Der Kauf von zwei H₂-Bussen wird aus Mitteln der EU über das EBIN-Programm des Klimaschutzministeriums gefördert (Wiener Linien 2024). Es ist anzunehmen, dass auch andere Hauptstadtregionen in der EU ähnliche Schritte setzen. Das könnte wiederum bedeuten, dass im nächsten Kohäsionsbericht dem Thema Wasserstoff mehr Raum gewidmet wird.

Wiener Perspektive aus Sicht der MA 27:

Angesichts der globalen Dimension des Klimawandels ist es schwierig, aus den präsentierten Daten zur *green transition* eine Bilanz für Wien zu ziehen. Denn Wien wird als Metropolregion besonders von Hitzewellen betroffen sein. Hierfür wäre hinsichtlich der Prognosen für die Belastung des Gesundheitssystems nicht nur eine Mortalitätsrate bei extremen Hitze- und Kältewellen, sondern auch eine Morbiditätsrate zu prognostizieren. Denn Hitze kann sich zwar insbesondere bei älteren Menschen tödlich auswirken, jedoch ebenfalls die Gesundheit von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen (z.B. mit Vorerkrankungen) belasten und zu vermehrten Spitalsaufenthalten führen (Setz et al. 2022). Bei extremen Hitzewellen kann auch die Betroffenheit innerhalb einer Stadt aufgrund von sozioökonomischen Faktoren, der Bevölkerungsdichte und räumlichen Gegebenheiten (z.B. wenig Grünraum, Städtische Wärmeinseln – *Urban Heat Islands*) sehr unterschiedlich ausfallen (ORF 2024)¹. Auch fehlen im 9. Kohäsionsbericht Daten, die die Auswirkungen des Klimawandels auf die Stadtbevölkerung darstellen.

Hinzu kommt, dass selbst wenn, wie im 9. Kohäsionsbericht beschrieben, bestimmte Auswirkungen des Klimawandels, Wien im europäischen Vergleich weniger treffen würden, dennoch benachbarte Regionen sehr stark von Naturkatastrophen und wirtschaftlichen Krisen betroffen wären. Dies würde mit Sicherheit sekundäre Effekte auf Wien haben.

Für Wien ist es daher von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, sich auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten und gleichzeitig die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. Dies liegt nicht nur im Interesse der Wiener Bevölkerung, wo es gilt die, aktuelle Lebensqualität für die Bewohner*innen aller Generationen zu halten oder gar durch Klimaanpassungsmaßnahmen zu

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

verbessern, sondern ist auch Ausdruck europäischer Solidarität mit jenen Regionen, die noch viel stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden.

Die Stadt Wien ergreift mit der Smart Klima City Strategie und dem Wiener Klimafahrplan als zentrale Elemente der Wiener Klimapolitik Maßnahmen, um dem Klimawandel zu begegnen. So lautet eines der Ziele der Smart Klima City Strategie, dass alle Wiener*innen innerhalb von 250 Metern Zugang zu qualitativem Grünraum haben sollen. Mit dem Förderprogramm „Lebenswerte Klimamusterstadt“ werden die Wiener Bezirke dabei unterstützt Klimawandelanpassungsmaßnahmen (u.a. Baumpflanzungen, Entsiegelung und Begrünung) umzusetzen (Stadt Wien 2022).

3. Analyse

3.1 Liegt die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik in der Zentralisierung?

In den letzten Jahren wurde von der Europäischen Kommission eine Reform der EU-Kohäsionspolitik immer wieder in den Raum gestellt. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine die Rüstungsausgaben gestiegen sind.

Dabei häufen sich Berichte darüber, dass EU-Kommission und EU-Parlament eine Ausweitung des stärker zentralisierten *EU Recovery Fund*⁸ in Erwägung ziehen. Durch die erwarteten verwaltungsökonomischen Einsparungen sollen die erhöhten Ausgaben für die militärische Verteidigung der EU finanziert werden (Euractiv 2024).

Für diese Tendenz sprechen auch bestimmte Textpassagen in der Mitteilung der Europäischen Kommission zum 9. Kohäsionsbericht. Darin wird betont, dass dank der bisherigen EU-Kohäsionspolitik „eine bemerkenswerte wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz zu verzeichnen“ gewesen ist. Hinsichtlich weiterbestehender sozioökonomischer Unterschiede und neuer Herausforderungen wird jedoch eingeräumt, dass eine Evaluierung der bisherigen Kohäsionspolitik und ihrer Anpassungsmöglichkeiten erforderlich sei. Dazu wird betont, dass das Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts keinesfalls in Frage gestellt werden würde, sondern lediglich die Methoden, dieses zu erreichen, weiterentwickelt werden sollten (Europäische Kommission 2024).

Ein weiterer Hinweis darauf, dass es in Zukunft zu einer weiteren Zentralisierung der Kohäsionsmittel kommen könnte, ist, dass im 9. Kohäsionsbericht der *EU Recovery Fund* als besonders effizientes Instrument hervorgehoben wird. Zu diesem Zweck wird die langsame wirtschaftliche Erholung von der Weltwirtschaftskrise 2009 mit der raschen Konjunkturerholung nach der COVID-19-Pandemie verglichen. So sei das EU-BIP pro Kopf am Anfang der COVID-19-Pandemie zwar rasant gesunken, jedoch bereits 2021 auf Vorpandemie-Niveau angestiegen. Diese rasche Erholung wird zwar auch auf die

⁸ Als Reaktion auf die Covid-19-Krise wurde der *EU Recovery Fund* ins Leben gerufen. Mit den Mitteln dieses Fonds sollen die Wirtschaft, die *green transition* und die Digitalisierung in den EU-Ländern angekurbelt werden. Ein Novum ist, dass durch einen Eigenmittelbeschluss aller Mitgliedstaaten die EU-Kommission dazu befähigt wurde, für die Finanzierung des *EU Recovery Fund* im Namen der EU Schulden aufzunehmen (Europäischer Rat 2024).

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

bereits etablierten Kohäsionsmittel zurückgeführt. Doch insbesondere der *EU Recovery Fund* soll nicht nur eine hohe Staatsverschuldung abgedeckt und die Wirtschaft angekurbelt, sondern auch Ungleichheit entgegengewirkt und eine schnellere Erholung ermöglicht haben. Als Beispiel dafür wird die Staatsverschuldung in Bezug auf das BIP zwischen den Zeiträumen 2009-2011 mit dem Zeitraum 2020-2022 verglichen. Lag sie in der EU 27 zwischen 2009-2011 bei 17 Prozentpunkten über dem BIP (15 Prozentpunkte in Osteuropa, 13 Prozentpunkte in Westeuropa, 24 Prozentpunkte in Südeuropa), waren es zwischen 2020 bis 2022 lediglich 6 Prozentpunkte in der EU 27 (6 Prozentpunkte Osteuropa, 7 Prozentpunkte in Westeuropa, 8 Prozentpunkte in Südeuropa).

In Bezug auf die Zukunft der Kohäsionspolitik wird im 9. Kohäsionsbericht erwähnt, dass man zwar Kohäsionsmittel rascher an regionale Bedürfnisse anpassen und umsetzen wolle, gleichzeitig EU-Fördergelder stärker an Zielsetzungen und Reformen gebunden sein sollten.

Die Bindung der Ausschüttung von Kohäsionsmitteln an Reformen und Zielsetzungen, bei gleichzeitiger Vereinfachung des Förderungsprozederes, erscheint widersprüchlich: Gerade der Bezug zu Reformen, die wahrscheinlich in vielen Fällen nicht in der Entscheidungskompetenz lokaler Regierungen liegen, könnte auch als weiterer Hinweis interpretiert werden, dass in Zukunft die nationale Ebene eine größere Rolle in der Kohäsionspolitik spielen könnte.

Doch es gibt auch Stimmen, die einer Zentralisierung der Kohäsionsmittel negativ gegenüberstehen. Aus Sicht des Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen, Vasco Alves Cordeiro, würde diese einen radikalen Bruch mit der bisherigen Kohäsionspolitik der EU darstellen. In einem offenen Brief an die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen drückt er zudem seine Besorgnis darüber aus, dass im Raum stehe, die Rolle des EU-Kommissars bzw. der EU-Kommissarin für Regionalpolitik gänzlich abzuschaffen. Er warnte davor, Kohäsionspolitik zukünftig nicht als ein eigenes Politik- bzw. Handlungsfeld der EU zu betrachten, sondern lediglich als Instrument, das anderen Ressorts der Kommission zugeordnet wird (Ausschuss der Regionen 2024).

Im Juni 2024 fanden die Europaparlamentswahlen statt, in der auf EU-Ebene Parteien aus der politischen Mitte zwar weiterhin die Mehrheit der Stimmen erhielten, jedoch in den zwei größten Mitgliedstaaten der EU, Deutschland und Frankreich, rechtsextreme und europaskeptische Parteien, und damit möglicherweise auch kohäsionsskeptische Parteien, sehr starken Aufwind erhielten. Das könnte wiederum in Zukunft Einfluss auf Entscheidungen im Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union haben (New York Times 2024).

Doch erst nach Zusammensetzung der neuen Europäischen Kommission wird es möglich sein, klarere Aussagen über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik zu treffen.

3.2 Für eine städtische Perspektive in der EU-Kohäsionspolitik

Die in dieser Analyse zum 9. Kohäsionsbericht präsentierten Daten zeichnen ein sehr heterogenes Bild für Wien. Wien ist eine *more developed region* (das BIP pro Kopf liegt über 120% des EU BIP pro Kopf), und hat eine sehr hohe Akademiker*innenquote. Zudem scheint Wiens Arbeitsmarkt für die ökologische Transition gewappnet zu sein. Ein Großteil der Wiener*innen legt Amtswegen digital zurück und bewertet

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

die Stadtverwaltung positiv. Die österreichische Hauptstadt ist außerdem ein attraktiver Ort für Menschen aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten.

Die starke wirtschaftliche Entwicklung Wiens ist jedoch in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Wien befindet sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in einer *development trap*, einem Status, der im Extremfall die politische Stabilität einer Region gefährden kann. Zudem verfügt Wien im Vergleich mit anderen *more developed regions* über eine höhere Arbeitslosenrate und eine niedrigere Beschäftigungsquote. Ebenso sind Wiener*innen im Vergleich mit anderen *more developed regions* und dem EU 27-Durchschnitt besonders oft von Armut und sozialer Ausgrenzung (AROE) betroffen. Dadurch, dass im Durchschnitt in der gesamten EU der AROPE Anteil unter Migrant*innen doppelt so hoch ist wie bei jenen, die an ihrem Aufenthaltsort geboren sind, ist anzunehmen, dass aus dem Status als Einwanderungsstadt auch soziale Herausforderungen für Wien resultieren. Die vermeintliche Widersprüchlichkeit der sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren betrifft jedoch nicht nur Wien, sondern auch sehr viele andere europäische (Haupt-)Städte. Das bezeugen die Reaktionen auf die Mitteilung der Europäischen Kommission zum 9. Kohäsionsbericht.

So fordert das *Network of Capital Cities and Regions* eine größere Berücksichtigung von Ungleichheit innerhalb der Regionen und der Herausforderungen von Hauptstadtregionen⁹ (European Daily Bulletin 2024). Auch die Schlussfolgerungen zum 9. Kohäsionsbericht des Rates der Europäischen Union weisen darauf hin, dass strukturelle Ungleichheiten innerhalb der Regionen und die Herausforderungen von bevölkerungsreichen und -dichten Stadtregionen in Zukunft mehr berücksichtigt werden müssten (Rat der Europäischen Union 2024).

Dass soziale Ungleichheiten innerhalb von EU-Regionen nicht ausreichend erfasst werden, ist auch den Autor*innen des 9. Kohäsionsberichts bewusst. Denn sie betonen, dass verlässliche Daten bezüglich sozialer Ungleichheiten innerhalb von EU-Regionen erhoben werden müssen, um genauer zu untersuchen, welche Bevölkerungsgruppen tatsächlich von Kohäsionsmitteln profitieren. Nicht nur, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des EU-Binnenmarkts zu fördern, sondern auch um europaskeptischen Tendenzen innerhalb der EU-Regionen entgegenzuwirken.

Am Beispiel des Kapitels zur *green transition* wird zudem deutlich, dass die städtische Dimension innerhalb der Daten des 9. Kohäsionsberichts nicht ausreichend berücksichtigt wird. Darunter fallen die Auswirkungen von urbanen Hitzeinseln auf die Bevölkerung, insbesondere auf armutsbetroffene Menschen, und die durch extreme Hitzewellen verursachte Morbiditätsrate in dichtbesiedelten Gebieten, die das Gesundheitssystem zusätzlich belastet. Der Ausbau von nachhaltiger öffentlicher Mobilität (öffentlicher Verkehr, Radinfrastruktur, Fußwege) wird ebenfalls nicht thematisiert. Auch, dass für Städte wie Wien, in denen einen Großteil der Menschen in Mietwohnungen lebt und sehr viel alter Baubestand vorherrscht, die Energiewende und die Verantwortung für die Kosten der Dekarbonisierungsmaßnahmen ganz andere sind, als in ländlichen Gebieten mit mehr Privateigentum, wird nicht angesprochen.

⁹ Unterschrieben wurde der offene Brief von 12 Hauptstädten und Hauptstadtregionen: Berlin, Budapest, Brandenburg, Bratislava, Brüssel, Helsinki, Île-de-France, Madrid, Mazovia, Prag, Riga, Stockholm

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Aus Wiener Perspektive ist aus der Sicht der MA 27 zudem anzumerken, dass das Thema leistbares Wohnen nur am Rande erwähnt wird, wiewohl es in dem am 18.4.2024 veröffentlichten Letta-Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarkts und in politischen Aussagen der am 18.7.2024 vom EU-Parlament wiedergewählten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hohe Priorität erhält.

3.3 Daseinsvorsorge fehlt als Kohäsionsindikator

Insgesamt finden zahlreiche weitere Aspekte der Daseinsvorsorge keinen Platz im 9. Kohäsionsbericht. Aus Wiener Sicht stellt die Erbringung hochwertiger Leistungen der Daseinsvorsorge aber einen sehr wichtigen Kohäsionsbeitrag dar.

Das Wiener Modell der Daseinsvorsorge ist im Vergleich zu vielen anderen Städten in der EU sehr breit gefächert und umfasst u.a. Betreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Menschen, Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, den öffentlichen Personennahverkehr und das Thema Wohnen. Die Erbringung dieser vielfältigen öffentlichen Dienstleistungen erfordert langjährige Expertise und hat großen Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen und auf die Wirtschaftsleistung innerhalb einer Gemeinde (Stadt Wien 2024)¹. In diesem Sinne kann aus Wiener Sicht argumentiert werden, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, und nicht nur der Verwaltung an sich (siehe Unterkapitel 2.5 Hohes Vertrauen in die lokale Verwaltung und erfolgreiche Digitalisierung der Amtswege), als wesentlicher Kohäsionsindikator herangezogen werden müsste und in die Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einer Region einfließen sollte.

3.4 Blinde Flecken im 9. Kohäsionsbericht

Kohäsionsberichte geben einen Überblick über divergierende soziale und wirtschaftliche Entwicklungen innerhalb EU und nehmen bildlich gesprochen eine „Vogelperspektive“ ein. Das bedeutet jedoch auch, dass bestimmte Aspekte, die sowohl zur Erhebung, als auch zur Interpretation bestimmter Daten notwendig sind, nicht berücksichtigt wurden.

Besonders deutlich wird das etwa im Abschnitt des 9. Kohäsionsbericht, der sich auf Gleichberechtigung bezieht (siehe Kapitel 2.4 Fehlende Gleichberechtigung als Kohäsionshindernis). Beim Besuch von elementarpädagogischen Einrichtungen der Drei- bis Sechsjährigen schneidet Wien mit einem Anteil von 87,8% zum Beispiel schlechter als Niederösterreich ab (95,6%). Wenn jedoch der *gender employment gap* im Fokus der EU-Kohäsionspolitik steht, dann müsste man die länder- und regionspezifischen Hindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt heranziehen. Das sind in Österreich insbesondere die hohe Teilzeitquote von Frauen aufgrund von Care-Arbeit, die in den Daten des 9. Kohäsionsbericht im Unterschied in der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen nicht berücksichtigt wird, und die Öffnungszeiten von elementarpädagogischen Einrichtungen. Zieht man diese zwei Aspekte heran, dann ergibt sich in Sachen Gleichberechtigung ein ganz anderes Bild für Wien: Denn die Stadt verfügt mit 45,1% über die niedrigste Teilzeitquote unter Frauen in Österreich und 90% der elementarpädagogischen Einrichtungen sind mit einer Vollzeitstelle vereinbar.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen, dass es einen lokalen Zugang zur Kohäsionspolitik braucht, um Daten zur Kohäsion innerhalb der EU zu erheben und im weiteren Schritt Kohäsionsmaßnahmen erfolgreich umzusetzen. Aus Wiener Perspektive ist angesichts einer möglichen Zentralisierung der EU-Kohäsionsmittel von besonderer Bedeutung, dass die zukünftige EU-Kohäsionspolitik Disparitäten innerhalb einer Region, lokale Kohäsionshindernisse und die (haupt-)städtische Dimension ausreichend berücksichtigt sowie einen lokalen Zugang bei der Implementierung beibehält.

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

4. Quellenangaben

Ausschuss der Regionen (2024): Letter from CoR President to EC President Ursula von der Leyen. In: <https://cor.europa.eu/en/news/Documents/Letter-from-CoR-President-to-President-Ursula-von-der-Leyen.pdf> (letzter Aufruf 20.6.2024)

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Care Arbeit. In: <https://www.bpb.de/themen/familie/care-arbeit/> (letzter Aufruf 24.6.2024)

CEPR (2022): The regional development trap in Europe. In: <https://cepr.org/voxeu/columns/regional-development-trap-europe#:~:text=We%20define%20the%20regional%20development,peers%20on%20these%20same%20dimensions.> (letzter Aufruf 8.5.2024).

Dijkstra, Lewis. Poelman, Huego. Rodríguez-Pose, Andrés (2023): The geography of EU discontent and the regional development trap in Europe. In: https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/reports/Geography_of_Discontent_and_development_trap_forlay-out.pdf (letzter Aufruf 10.5.2024)

Digitaler Humanismus (2024): Digitaler Humanismus in Wien. <https://www.wien.gv.at/forschung/wissenschaft/digitaler-humanismus-broschuere.html> (letzter Aufruf 31.7.2024)

Euractiv (2024): Zentralisierung der Kohäsionspolitik würde das europäische Projekt zerstören. In: https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/zentralisierung-der-kohaesionspolitik-wuerde-das-europaeische-projekt-zerstoeren/?utm_source=Euractiv&utm_campaign=876d21f4aa-EMAIL_CAMPAIGN_2024_03_07_01_10_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_-21fd5ca015-%5BLIST_EMAIL_ID%5D (letzter Aufruf 20.6.2024)

Europäische Kommission (2024): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. In: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/EU/143790> (letzter Aufruf 21.6.2024).

Europäischer Rat (2024): Ein Aufbauplan für Europa. In: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-recovery-plan/> (letzter Aufruf 26.6.2024)

Europäisches Parlament (2024): Wahlbeteiligung nach Jahr. In: <https://results.elections.europa.eu/de/wahlbeteiligung/> (letzter Aufruf 12.8.2024)

European Daily Bulletin (2024): Thirteen EU capital cities and regions want to influence debate on cohesion policy. In: <https://agenceurope.eu/en/bulletin/article/13433/16> (letzter Aufruf 20.6.2024)

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Momentum Institut (2023): Seit 40 Jahren unbezahlte Sorgearbeit unverändert Frauensache. In: <https://www.momentum-institut.at/news/seit-40-jahren-unbezahlte-sorgearbeit-unveraendert-frauensache/> (letzter Aufruf 26.7.2024)

New York Times (2024): European Parliament Elections: Key Takeaways. In: <https://www.nytimes.com/2024/06/10/world/europe/european-parliament-elections-key-takeaways.html> (letzter Aufruf 18.6.2024)

ORF (2024): Europawahl Wien. In: <https://orf.at/wahl/eu24/ergebnisse/90000> (letzter Aufruf 14.6.2024)

ORF (2024): Hitzebelastung in Städten ungleich verteilt. In: <https://science.orf.at/stories/3225223/> (letzter Aufruf 4.6.2024)

Rat der Europäischen Union (2024): Communication on the 9th Cohesion Report. Council conclusions (18 June 2024). In: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11347-2024-INIT/en/pdf> (letzter Aufruf 20.6.2024).

Setz, Ingrid. Courtney-Wolfman, Leora. Hoffmann, Roman. Renner, Anna-Theresa. Striessnig, Erich (2022): Climate, Health and Population (CHAP)-Klimawandel und Vulnerabilitätsunterschiede in der Metropolregion Wien. In: Der öffentliche Sektor, 47(2).

Smart Klima Strategie Wien (2024): 4.10 Digitalisierung. In: <https://www.wien.gv.at/spezial/smartklimacitystrategie/zielbereiche/digitalisierung/> (letzter Aufruf 31.7.2024)

Sonnenstromoffensive (2024): Alle Infos zur neuen Förderoffensive. In: <https://sonnenstrom.wien.gv.at/> (letzter Aufruf 14.6.2024)

Stadt Wien (2022): Smart Klima Strategie Wien. Der Weg zur Klimamusterstadt. In: <https://www.wien.gv.at/spezial/smartklimacitystrategie/> (letzter Aufruf 26.6.2024)

Stadt Wien (2024): Themenstadtplan Energie. In: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energie/themenstadtplan/> (letzter Aufruf 14.6.2024)

Stadt Wien (2024): Das Wiener Modell der Daseinsvorsorge. In: <https://daseinsvorsorge.wien.gv.at/das-wiener-modell-der-daseinsvorsorge> (letzter Aufruf 20.6.2024)

Statistik Austria (2022): Erwerbstätigkeit. In: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/erwerbstaetigkeit> (letzter Aufruf 30.4.2024).

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27

Statistik Austria (2023): Arbeitsmarktstatistiken 2023. In:

https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Arbeitsmarktstatistiken_2023_Webversion-barrierefrei.pdf (letzter Aufruf 24.6.2024)

Statistik Austria (2024): Inflation bleibt 2023 mit 7,8 % viermal höher als EZB-Zielwert. In:

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/01/20240117VPIJahr2023.pdf> (letzter Aufruf 5.6.2024)

Statistik Austria (2024)¹: Statistiken zur elementaren Bildung 2022/23. In:

https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/KTH-Monitoring-Bericht_2022-23_barrierefrei.pdf (letzter Aufruf 5.6.2024)

Wien Energie (2024): Wiens Beitrag zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. In:

[https://positionen.wienenergie.at/projekte/mobilitaet/wiener-wasserstoff/#:~:text=Wien%20Energie%20und%20Wiener%20Netze,Wasserstoff%20\(H2\)%20aus%20%C3%96kostrom.](https://positionen.wienenergie.at/projekte/mobilitaet/wiener-wasserstoff/#:~:text=Wien%20Energie%20und%20Wiener%20Netze,Wasserstoff%20(H2)%20aus%20%C3%96kostrom.) (letzter Aufruf 11.6.2024)

Wien in Europa (2024): Wien in Zahlen. In: <https://www.wien.gv.at/statistik/publikationen/wien-in-europa.html> (18.7.2024)

Wiener Linien (2024): Wiener Linien stellen 2025 Linie 39A auf Wasserstoff-Busse um. In:

<https://www.wienerlinien.at/news/wasserstoffbusse#:~:text=Das%20Ergebnis%20der%20europaweiten%20Ausschreibung,an%20der%20Dekarbonisierung%20ihrer%20Busflotte.> (letzter Aufruf 11.6.2024).

Wiener Wärmeplan (2024): Wiener Wärmeplan 2040 - Der Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung.

In: <https://www.wien.gv.at/umwelt/waermeplan-2040/> (letzter Aufruf 31.7.2024)

Zeit (2023): Niederlande schließen Europas größtes Gasfeld. In: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/groningen-gas-ende-foerderung-niederlande> (letzter Aufruf 15.5.2024)

9. Kohäsionsbericht 2024

Eine Analyse für Wien aus Sicht der MA 27



Laura Meisel BA BA MA

**MA 27 Europäische
Angelegenheiten**

Telefon +43 1 4000 27022

laura.meisel@wien.gv.at